



Deutliche Mehrheit für Bürgerversicherung

Die Mehrheit der Deutschen befürwortet eine sogenannte Bürgerversicherung, mit der die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung auf eine breitere Basis gestellt würde.

Bemerkenswert ist dabei, dass selbst unter den Anhängern von Union (68 Prozent) und FDP (62 Prozent) eine deutliche Mehrheit der Befragten die Einführung einer Bürgerversicherung befürwortet.

SPD, Grüne und Linke sprechen sich in ihren Wahlprogrammen für eine Bürgerversicherung aus, Union und FDP sind dagegen. Sie wollen das bisherige System grundsätzlich beibehalten.

Die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gehört zu den großen Herausforderungen der nächsten Bundesregierung.

Der [DAK](#) zufolge droht den Kassen bis 2025 ein Minus von 27,3 Milliarden Euro. DAK-Chef Andreas Storm warnt:



Grund seien unter anderem die demografische Entwicklung und höhere Kosten der medizinischen Versorgung.

Das Konzept der Bürgerversicherung sieht vor, dass alle Bürgerinnen und Bürger einen bestimmten Anteil ihres Einkommens in eine gesetzliche Krankenversicherung einzahlen und Anspruch auf dieselben Leistungen haben.

Auch Einnahmen aus Kapitalerträgen sowie Vermietung und Verpachtung würden gegebenenfalls zur Beitragsberechnung herangezogen. Aktuell können sich Selbstständige, Besserverdienende sowie Beamtinnen und Beamte stattdessen privat versichern.

Studien zeigen, dass deren Einbeziehung in eine Bürgerversicherung zumindest für eine Übergangszeit die Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Krankenversicherung entlasten und zu einer Senkung des Beitragssatzes führen könnte.

Die Finanzierungslücke bei der gesetzlichen Krankenversicherung ist zuletzt deutlich angewachsen. Die Bundesregierung hat für 2022 beschlossen, den jährlichen steuerfinanzierten Bundeszuschuss für die GKV um sieben Milliarden Euro auf 14,5 Milliarden zu erhöhen.

Nach Ansicht des [GKV-Spitzenverbandes](#) reicht das aber längst nicht: Damit der durchschnittliche Zusatzbeitrag von 1,3 Prozent stabil gehalten werden könne, seien im nächsten Jahr insgesamt 14 Milliarden zusätzliche Bundesmittel notwendig, so der Verband. Ein Beitrag des WDR über news aktuell.

Befragungsdaten

- Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland
- Fallzahl: 1.337 Befragte
- Erhebungszeitraum: 30.08.2021 bis 01.09.2021
- Erhebungsverfahren: Zufallsbasierte Telefon- und Online-Befragung
- Schwankungsbreite: 2* bis 3** Prozentpunkte
- *bei einem Anteilswert von 10 Prozent / **bei einem Anteilswert von 50 Prozent

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4922449/monitor-deutliche-mehrheit-der-deutschen-votiert-fuer-buergerversicherung/>